



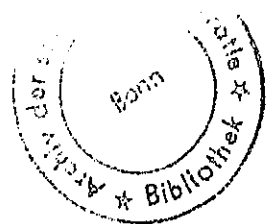
METALLARBEITNEHMER

IN

OSTEUROPA

INTERNATIONALER METALLGEWERKSCHAFTSBUND





C90-2001

EINLEITUNG **von Marcello Malentacchi,** **IMB-Generalsekretär**

Das Gesicht der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat sich seit dem IMB-Kongress in Kopenhagen im Juni 1989 dramatisch verändert.

In allen osteuropäischen Ländern und in den Ländern des Balkans haben demokratische Revolutionen stattgefunden.

Anlässlich der 1. Mai Parade 1990 in Moskau haben Demonstranten in aller Öffentlichkeit die Herrscher des Landes ausgepiffen, etwas was es in Russland seit 1917 nicht mehr gegeben hat.

Die Wiedereinführung demokratischer Rechte, freier Wahlen, der Redefreiheit, Freiheit der Reise, der Koalitionsfreiheit wird vom IMB begrüßt, der sich in den Jahrzehnten seines Bestehens konsequent für diese Grundrechte eingesetzt hat.

Vor 1939 gehörten die Metallgewerkschaften aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn dem IMB als Mitglied an. Vor 1914 machte die Metallarbeitergewerkschaft von Petrograd in Russland bei den IMB-Tätigkeiten mit.

Damit hat der IMB eine historische Aufgabe, die darin besteht, den Metallarbeitern in Mittel- und Osteuropa und auf dem Balkan beim Aufbau von äußerer Kontrolle durch Staat und kommunistische Partei freien Gewerkschaften zu helfen.

Indem wir die demokratische Revolution begrüßen und unseren Metallarbeiterkollegen die Hand unserer Freundschaft ausstrecken tun wir dies in dem vollen Bewusstsein der vor uns liegenden Schwierigkeiten.

Das wirtschaftliche, politische, soziale und umweltpolitische Chaos nach jahrzehntelanger undemokratischer Herrschaft hat Verhältnisse entstehen lassen, die es der Sache der demokratischen Gewerkschaftsbewegung alles andere als leicht machen.

Die Regierungen, die die Nachfolge der Kommunisten angetreten haben, bewegen sich zu Recht in Richtung auf die Marktwirtschaft. Nun ist eine Marktwirtschaft denkbar, die statt auf der Bereicherung des einzelnen auf Vollbeschäftigung, auf sozialen Rechten angemessener Wohnung, Bildung und Ausbildung und bedarfsgerechter ärztlicher Versorgung aufbaut. Eine Marktwirtschaft kann aber auch grosse Armut, soziales Elend und Unterdrückung von Menschen und Gewerkschaftsrechten verursachen.

Die Rechte und das Engagement der Arbeitnehmer, die Rolle und die Tätigkeit ihrer Organisationen, d.h. der Gewerkschaften, sind von zentraler Bedeutung für eine sozial verantwortliche Marktwirtschaft, die den Bedürfnissen der Umwelt und der Gemeinschaft gerecht wird.

Der IMB hat keine Generallösung vorzuschlagen. Jedes Land ist verschieden. Wir haben damit begonnen zu versuchen, den Metallarbeitnehmern Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens beim Aufbau dauerhafter Organisationen und Strukturen zu helfen. Es sind starke Einflüsse am Werk, die bemüht sind, ihre gewerkschaftsfeindlichen Vorstellungen durchzusetzen und die Macht des Kapitals und der Unternehmer in dem durch den Zusammenbruch des Kommunismus entstehenden Vakuum ohne jede Begrenzung zu auszubauen.

1990 hat der IMB Missionen nach Polen, in die Tschechoslowakei und nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien entsandt, um dort die bestehenden Verhältnisse in Augenschein zu nehmen und mit den neu geschaffenen demokratischen Metallgewerkschaften Verbindung aufzunehmen. Der vorliegende Bericht beruht auf diesen Missionen, wie auch auf Besuchen, die die IMB-Mitgliedsorganisation 1990 in Osteuropa durchgeführt haben.

Das politische und wirtschaftliche Bild verändert sich rapide. Mitte 1990 werden örtliche und nationale Wahlen in vielen osteuropäischen Ländern durchgeführt werden und die Ergebnisse dieser Wahlen werden die gewerkschaftlichen und sozialen Entwicklungen beeinflussen.

Dieser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er legt die Betonung auf gewerkschaftliche Fragen und auch auf die Frage, wie der IMB und seine Mitgliedsverbände eine nützliche Rolle bei dieser Entwicklung spielen können.

Schliesslich möchte ich noch hervorheben, dass die IMB-Tätigkeiten in Osteuropa nicht als ein Abweichen von unserer Hauptaufgabe gesehen werden dürfen, die nach wie vor darin besteht, gegenüber den Metallarbeitnehmern in den ärmeren Ländern der Welt Solidarität zu pflegen.

Der Kalte Krieg mag zwar vorüber sein. Das Nord-Süd-Gefälle nimmt jedoch täglich weiter zu. Wenn es uns gelingt, die demokratische Gewerkschaftsbewegung in Osteuropa zu festigen, wenn wir dazu beitragen können, dass Gesellschaftsordnungen entstehen, die auf sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit beruhen, wenn wir Banken und multinationale Konzerne daran hindern können, die Arbeitnehmer auszubeuten, wenn wir die Kraft und das demokratische Bekenntnis der polnischen tschechoslowakischen und anderen Arbeitnehmer zum Aufbau mächtiger Gewerkschaften von Metallarbeitnehmern sammeln können, dann wird dies den Metallarbeitnehmern überall in der ganzen Welt zum Nutzen gereichen.

DAS DEMOKRATISCHE DEFIZIT

Die Revolution in Osteuropa ist eine bewunderungswürdige Leistung für die demokratischen Werte, doch hat das jahrzehntelange Fehlen der Demokratie in diesen zentral regierten Staaten dazu geführt, dass die Arbeitnehmer weder theoretisch noch praktisch mit einer demokratischen Mitbestimmung vertraut sind. Das Problem ist von Land zu Land unterschiedlich. In Rumänien macht es sich am ausgeprägtesten bemerkbar, wo die ganz auf die Person Ceausescu eingestellte Diktatur jede Möglichkeit einer demokratischen Mitwirkung in den Einrichtungen des Staates vernichtet hat. In Polen, mit Solidarnosc, in der Tschechoslowakei mit der Charta 77, in Ungarn mit der etwas abgemilderten Form der kommunistischen Herrschaft Janos Kadars, gab es wenigstens ein paar Ansatzpunkte für die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft. Es gab Versammlungen, es gab Organisationen und es gab die Möglichkeit, für Alternativen einzutreten.

Am Arbeitsplatz und in den offiziellen von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaften herrschte allerdings zwei Generationen lang die tote Hand der Gleichgültigkeit und es fehlte an jeder echten Debatte und jeder demokratischen Diskussion.

Der Staat bot zwar manches aber stets auf dem niedrigsten Stand. So hatte jeder einen Arbeitsplatz, und Kinder konnten zur Schule gehen, es gab Berufsausbildung und Hochschulen. Befriedigend waren die Arbeitsplätze jedoch nicht. Aus soziologischen Untersuchungen geht hervor, dass am Arbeitsplatz eine sehr starke Verfremdung empfunden wurde. Arbeitsunfälle und gesundheitsschädigende Arbeitsumwelt führten zu einer Verkürzung der Lebenserwartungen von Industriearbeitern. Das Erziehungswesen war stramm in die staatliche Propaganda eingegliedert. Kindern wurde nicht etwa ein selbständiges Denken beigebracht, sondern Gehorsamkeit gegenüber einer von Partei und Staat festgelegten Linie.

Theoretisch hatte wohl jeder eine Wohnung und eine ärztliche Versorgung, aber die Unzulänglichkeiten, die Leerläufe und die Korruption in der Verwaltung und bei

der Zuteilung von staatlichen Wohnungen und im Gesundheitswesen waren ungeheuerlich.

Die Unternehmensleiter wurden vom Staat eingesetzt. Die Preise von einem Ministerium festgelegt. Der Außenhandel wurde über vollkommen von den Unternehmen abgebauten Aussenhandelskommissionen abgewickelt. Die Gewerkschaften handelten weder Löhne noch bessere Umwelbedingungen am Arbeitsplatz aus. Die Unternehmensleiter, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, der Werksarzt und die Bürgermeister waren alle aneinandergebunden im Rahmen der kommunistischen Partei.

Der Arbeitsplatz war mehr als nur ein Arbeitsplatz. Das Unternehmen stellte eine Wohnung zur Verfügung, sorgte für Urlaubsmöglichkeiten in Ferienzentren, eine richtige Mahlzeit pro Tag, ein Kulturzentrum und medizinische Kliniken. Über die Firma konnte der Arbeitnehmer sich ein Automobil oder einen Kühlschrank oder einen Fernsehempfänger erwerben.

Die Gewerkschaft war sozusagen ein Ableger der Personalabteilung für die Vergabe von Sozialleistungen.

Auf den ersten Blick könnte ein derart mit dem Arbeitsleben verbundenes soziales Versorgungsnetz als alternativ erscheinen. Problematisch wurde die Sache jedoch wegen der politischen Korruption und der Vetternwirtschaft. Gewerkschaftsführer beanspruchten für sich die besten Wohnungen und Kraftfahrzeuge und die Betriebsärzte waren beschäftigt mit der Behandlung der Opfer gefährlicher und ungesunder Arbeitsbedingungen, denn es gab keine unabhängige Gewerkschaft, die gegen die Ursachen dieser Gefahren hätte ankämpfen können. Auch Automobile gab es über den Arbeitsplatz erst nach jahrelangem Warten und dann zu einem Preis, der zwei oder drei Jahresgehälter eines gewerblichen Arbeitnehmers ausmachte.

Ausserhalb des Arbeitsplatzes gab es keine pluralistische bürgerliche oder politische Gesellschaft mit in gegenseitigem Wettbewerb stehenden Vorstellungen und Organisationen. Die Metallgewerkschaften haben von jeher eine breitere politische Zielsetzung gehabt und in vielen Ländern sind sie verbunden mit oder treten ein für politische Parteien, welche die Belange der Arbeitnehmer wahren. In den kommunistischen Ländern wurde die politische Willensbildung zentralisiert und durch die Verkopplung zwischen Gewerkschaft und Partei kontrolliert. Jede Opposition gegen Regierung, Unternehmer

oder offizielle Gewerkschaftspolitik wurde mit Massregelungen und noch schlimmerem geahndet.

Nun müssen die Menschen dort lernen mit der Demokratie im täglichen Leben umzugehen. Es ist eines, eine kommunistische Regierung zu stürzen, etwas Anderes vielleicht Schwierigeres, ist es, eine stabile Demokratie aufzubauen. Die Denkweisen, die soziale Abhängigkeit, das Fehlen einer marktwirtschaftlichen Struktur nach einer 40-jährigen kommunistischen Herrschaft, darf mit Fug und Recht als verhängnisvolles Erbe bezeichnet werden. Auch dürfen wir nicht vergessen, dass mit Ausnahme der Tschechoslowakei, die Regime in Osteuropa und auf dem Balkan vor 1939 durch die wirtschaftliche Abhängigkeit von deutschem, französischem und britischem Kapital und, durch autoritäre Regierungen gekennzeichnet war, welche Gewerkschaften verfolgten und nationalistisch, ja oft rassistischen und antisemitischen, populistischer Strömungen Vorschub leisteten.

Eine der ersten Aufgaben des IMB besteht nun darin, die Entwicklung grundlegender demokratischer Praktiken unter den Metallarbeitnehmern zu fördern. Das kann bewerkstelligt werden über die nun im Entstehen begriffenen demokratischen Metallgewerkschaften. Allen osteuropäischen Metallarbeitnehmern ist ein Anliegen gemeinsam: sie brauchen Material und Ausbildungshilfe im Bereiche der Funktionsweise demokratischer Gewerkschaften.

Der IMB hat immer wieder betont, dass es ein für alle gültiges nationales Vorbild einer Metallgewerkschaftsorganisation nicht gibt, Es gibt jedoch eine Reihe von Grundsätzen und Aufgaben, die allen demokratischen Gewerkschaften gemeinsam sind. Der IMB wird mit Unterstützung seiner Mitgliedsverbände versuchen, Material in osteuropäische Sprachen übersetzen zu lassen und mit Lehrgängen über Zielsetzungen und Tätigkeiten der demokratischen Metallgewerkschaftsbewegung zu helfen.

2

DAS POLITISCHE UMFELD

Das politische Umfeld hat sich in Osteuropa seit der demokratischen Revolution erheblich verändert. In jedem Land wo es bisher freie Wahlen gab, sind die Kommunisten selbst unter einem neuen Namen und nach Abgabe von Bekenntnissen zur Demokratie schwer geschlagen worden. Die Mehrheit der Stimmberechtigten hat für die Parteien des rechten Flügels gestimmt.

Doch gibt es zwei bedeutsame Ausnahmen: Polen und die Tschechoslowakei, wo Solidarität in Polen und das Bürgerforum in der Tschechoslowakei, die Regierung bildeten. Sowohl Solidarität wie auch Bürgerforum sind Dachorganisationen und nicht etwa politische Parteien im klassischen Sinne des Wortes mit einem klaren Parteiprogramm. Das hat in Polen die Frage entstehen lassen, ob Solidarität nun eine Gewerkschaft oder eine politische Bewegung sei. Die Antwort lautet vorläufig wenigstens, dass Solidarität beides gleichzeitig ist. Solidarität vertritt sowohl die Gewerkschaft als auch die politischen Bestrebungen des polnischen Volkes.

Allerdings genießt Solidarität den Vorteil, dass die Solidarnosc-Regierung zwar ein kompromissloses wirtschaftspolitisches Programm durchsetzt gleichzeitig aber ihr Mandat von einer Organisation erhält, die geschaffen wurde, um soziale Werte und die Rechte der Arbeitnehmer zum Ausdruck zu bringen bzw. zu wahren.

Die Aufgabe des IMB und der Metallgewerkschaften besteht im Fall Polens darin, die gewerkschaftliche Arbeit von Solidarität als Gewerkschaftsorganisation zu stärken und den Prozess der Entwicklung demokratischer politischer Parteien und Organisationen den Polen selbst zu überlassen. Eine kluge Gewerkschaftsbewegung mit einer starken Basis wird zur Festigung der Demokratie beitragen was immer auch die politischen Couleure der gewählten Regierung sein mögen.

Ferner dürfen wir nicht vergessen, dass nicht jede Marktwirtschaft gleichbedeutend ist mit einer liberalen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaftsordnung. Es gibt manche kapitalistischen Volkswirtschaften, wo grosse Unterschiede im Reichtum und eine autoritäre

Regierung besteht. Einige der durch Intoleranz, extremen Nationalismus und Antisemitismus gekennzeichneten Ereignisse, deren Zeugen man in Osteuropa und in der Sowjetunion war, erinnern daran, wie zerstörerisch und negativ der Druck sein kann, der hier ausgeübt wird und den ausgedehnten extremistischen Demagogen versucht sein könnten.

Die Metallgewerkschaften haben von jeher mit demokratischen Linksparteien, wie der Labour Partei, sozialdemokratische Partei der sozialistische Partei, Verbindungen gepflegt oder Unterstützung für sie zum Ausdruck gebracht. Leider hat die jahrzehntelange kommunistische Herrschaft dem Sozialismus, der Sozialdemokratie und der Arbeiterpartei schweren Schaden zugefügt. Die Unehrlichkeit der kommunistischen Parteien, z.B. Ungarns oder Polens, die sich nun als sozialistisch oder sozialdemokratisch bezeichnen, hat die Verwirrung nur noch grösser gemacht.

Darüber hinaus sind ehemalige Führer der sozialdemokratischen Parteien, die seit der kommunistischen Machtübernahme 1947/48 verhindert waren, eine politische Tätigkeit auszuüben, - einige von ihnen befanden sich im Exil -, sind nun wieder auf den Plan getreten und beanspruchen eine politische Rolle. Man mag zwar die Loyalität dieser älteren Herren gegenüber der Sozialdemokratie in allen Ehren, halten aber das grösste Problem ist das Fehlen kraftvoller, von der Bevölkerung getragener Parteien, die mit der erwerbstätigen Bevölkerung und mit den Gewerkschaften verbunden wären. Vielleicht werden diese zur gegebenen Zeit entstehen, aber für den Augenblick sind die Gewerkschaften weitgehend isoliert. Auch werden sie von den Regierungsparteien, deren Ideale und Wurzeln jenen der Gewerkschaften ähnlich sind nicht unterstützt und sie haben auch keine engeren Beziehungen zu ihnen.

Unter den einflussreichsten politischen Bewegungen in Osteuropa, zu der sich besonders die Jugend hingezogen fühlt, sind die Umweltschutz- und ökologischen Organisationen zu zählen. Die "Ecoglasnost" in Bulgarien ist nur ein Beispiel dafür.

3

DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD

Die Wirtschaften Osteuropas und des Balkans befinden sich in einem desolaten Zustand. Jedes Land hat seine eigenen Probleme und muss deshalb auch getrennt geprüft und untersucht werden. Es gibt jedoch einige Gemeinsamkeiten, die hier hervorgehoben werden sollen:

- Die Industrie und Dienstleistungsfirmen befinden sich mittel- oder unmittelbar restlos in staatlichem Besitz und die Einsetzung der Unternehmensführer durch die Kommunisten verhinderte die Entwicklung einer Volkswirtschaft, die den Verbraucherbedürfnissen gerecht werden könnte.
- Das Informations- und Kommunikationswesen waren sehr stark eingeschränkt, um eine politische Kontrolle ausüben zu können. Dies hatte jedoch verhängnisvolle wirtschaftliche Folgen, da der Austausch von Informationen und moderne Kommunikationstechniken Voraussetzungen für effiziente wirtschaftliche Beschlussfassung sind.
- Preise und Löhne wurden zentral festgelegt. Die Lebenshaltung hing von verwaltungstechnischen Entscheidungen ab, die durch den Staat gefällt wurden und sie wurde nicht aufgrund der Rückkoppelung mit sozialen Organisationen bestimmt. Insbesondere der Verbrauch von Konsumgütern wurde möglichst niedrig gehalten, während Kapitalgüter - Stahl, Schwermaschinen, Waffen, - gefördert wurden.
- Die Aufnahme grosser Anleihen bei westlichen Banken in den 70er Jahren führte zu einer Verschuldung, analog derjenigen der Dritten Welt und zu einer schweren Schuldendienstlast, insbesondere für Polen und Ungarn.
- Die konzentrierte industrielle Produktion wurde auf Kosten der Lebensmittelerzeugung und der Erzeugung von Gütern, wie Kleidungsstücken und des kul-

turellen Angebots (einschliesslich der Medien) gefördert.

- Die Vertriebsnetze (Grosshandel, Vermarktungsverfahren, Strassenbau, öffentlicher und privater Verkehr) waren ziemlich primitiv, auch hier wieder teilweise infolge der Verbindung zwischen dem Vertrieb der Waren bzw. Dienstleistungen und der Informations/Kommunikationsnetze, die eingeschränkt werden mussten - es gibt keine preisgünstig arbeitenden Druckereien in Osteuropa. In Rumänien musste jede Schreibmaschine bei der Polizei gemeldet werden. Es ging dabei um die Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle.
- Banken und Versicherungswesen, Schiedsgerichtsbarkeit, bürgerliche Gesetzgebung, - d.h. alles Voraussetzungen für das reibungslose Funktionieren einer modernen Wirtschaft -, waren primitiv und fantasie-los.
- Der Aussenhandel stand unter der Kontrolle staatlicher Stellen. Importeure und Exporteure konnten nicht unmittelbar mit ihren ausländischen Wunschpartnern Geschäfte tätigen, sondern mussten den Umweg über staatliche Aussenhandelsstellen machen. nichtkonvertierbare Währungen hatten innerhalb der kommunistischen Länder einen geringeren Wert, und es gab einen blühenden schwarzen Markt für Dollars, und Deutsche Mark, die als wert- und kaufkraft stabil angesehen wurden. Dies trug zu einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage bei.
- Gewerblichen Arbeitnehmern wurden ausserordentliche Privilegien zugestanden um sicherzustellen, dass die Klasse der Industriearbeiter den Kommunismus auch weiterhin unterstützen würde. Sie erhielten höhere Löhne als Vorgesetzte oder hochqualifizierte Techniker. Ein derartiges System negativer Lohnan- gleichung verzerrte den Wert der Arbeit sowohl ma- nueller der Angestellten als auch der Arbeiter.
- Die zentrale Planung beruhte auf der Befehlsausgabe durch Ministerien darüber was es zu produzieren galt; es handelte sich um eine Wirtschaft, die von der Befehlsausgabe und nicht so sehr von der Nachfrage ausging, und dies führte zu einer unkoordinierten Produktion mit geringem Ausstoss, gefolgt von Pro- duktionsfieberstössen zur Erfüllung des Planes. Es wurden sowohl Werkstoffe wie auch Arbeitskräfte,

die beide zu einem geringen Preis zu haben waren, gehortet.

- Das Unternehmen wurde zum Mittelpunkt von viel- mehr als nur der Produktion. Es unterhielt Urlaubs- zentren, es besass Wohnungen für die Werksangehö- rigen, es unterhielt medizinische Kliniken und Kul- turzentren und verfügte ebenfalls über grössere Ver- pflegungseinrichtungen, sowie Verkaufsstellen für Lebensmittel und sonstige Waren für die Beleg- schaft. Infolgedessen hatten osteuropäische Firmen eine verhältnismässig hohe Zahl von Beschäftigten gemessen an heutigen Industrienormen. Das grosse polnische Stahlwerk Nova Huta beschäftigte 28'000 Menschen zur Herstellung von 4,4 Mio. t Stahl jähr- lich. Skoda in der Tschechoslowakei hatte 20'000 Werksangehörige und stellte 190'000 Automobile jährlich her.
- Das Fehlen demokratischer Gewerkschaften mit ent- sprechenden Forderungen im Bereich der Löhne, der Arbeitszeit, der Arbeitsorganisation der sozialen Nebenleistungen und anderer Dinge, mit denen das Management in demokratischen, kapitalistischen Ländern zu rechnen hat, ist ebenfalls etwas, was ost- europäische Volkswirtschaften von denen unterschei- det, die es in anderen Weltteilen gibt.

Ökonomen werden die oben erwähnten Faktoren unter- schiedlich gewichten und unterschiedliche Prioritäten setzen im Zusammenhang mit den Bedürfnissen, die be- friedigt werden müssen, wenn man die osteuropäischen Volkswirtschaften leistungsfähiger gestalten will.

Seit der demokratischen Revolution tummeln sich rechtslastige Ökonomen aus den Vereinigten Staaten und England als Advokaten von lupenrein freimarktwirt- schaftlichen Lösungen für alle Probleme, unterstützt durch gewerkschaftsfeindliche Stiftungen, in ganz Osteu- ropa; sie erheben die Forderung, man möge alles sofort und unverzüglich der Privatwirtschaft und dem freien Markt überlassen.

Auf taube Ohren stiessen dagegen die alternativen An- sichten, die sich für eine Gemischtwirtschaft einsetzen, in der die sozialen Rechte der Arbeitnehmer geschützt und deren Qualifikationen und Kräfte im Rahmen einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung eingesetzt würden, also die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des IMB und seiner Mitgliedsverbände. Eine Ausnahme bildet Ostdeutschland, wo die IG Metall sich stark bemüht,

ihre fortschrittlichen Ansätze in Sachen Wirtschaftsdemokratie und soziale Rechte in die Reihen der ostdeutschen Metaller zu tragen.

Es gibt sieben Bereiche, in denen IMB-Mitgliedsgewerkschaften den osteuropäischen Metallern in erheblicher Weise helfen könnten:

- Zunächst indem man ihnen in die jeweilige Landessprache übersetztes Material über das Funktionieren einer demokratischen Marktwirtschaft zur Verfügung stellt;
- Zweitens: indem man sie berät über den Prozess der Privatisierung staatlicher Firmen und über Mittel, mit denen die Gewähr geboten werden kann, dass diese Privatisierung der Gesellschaft insgesamt zugute kommt und nicht nur einer handvoll ehemals kommunistischer Unternehmensleiter, die sich zum freien Unternehmertum bekehrt haben, um persönlich ein Vermögen zu machen.
- Eine dritte Möglichkeit besteht darin, dass man bei den jeweiligen Regierungen vorstellig wird, mit dem Ersuchen, sie möge für die osteuropäische Entwicklung Kredite und Geldmittel bereitstellen, damit gewerkschaftliche Ausbildungsprogramme unterstützt werden können.
- Eine vierte Möglichkeit besteht darin, jene westlichen multinationalen oder nationalen Firmen zu identifizieren, die nun in Osteuropa investieren wollen und sicherzustellen, dass diese die demokratischen Gewerkschaftsrechte respektieren.
- Eine fünfte Möglichkeit, die im übrigen in Verbindung gesehen werden muss mit der IMB-Politik für eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung der Welt, besteht darin, die Einfuhrschränken gegenüber den Gütern Osteuropas abzuschaffen, vorausgesetzt, derartige Güter sind unter Wahrung der Gewerkschaftsrechte hergestellt worden.
- Eine sechste Möglichkeit böte sich dadurch, dass man das Gewicht der gewerkschaftlichen Pensionskassen in die Waagschale werfen würde, um Investitionen in Osteuropa zu fördern. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa hat darauf hingewiesen, dass Osteuropa weniger Kredit braucht, als Hilfe in der technischen Ausbildung, die am besten durch führende Unternehmen geboten

werden kann, wenn diese Betriebe und Werke vor Ort aufstellen.

- Ein siebter Bereich besteht in der Vermittlung einer zukunftsgerichteten Arbeitsmarktpolitik, umfassend Stellenvermittlung, Ausbildung, Umschulung und Arbeitslosenunterstützung. Zum Zweck der Arbeitslosenunterstützung könnte die Europäische Kommission vielleicht zusätzliche Mittel bereitstellen, wodurch die schmerzliche Erscheinung der Arbeitslosigkeit in Osteuropa im Zuge der Umstrukturierung der Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen gemildert werden könnte. Die IMB-Gewerkschaften könnten ein Druck auf die Regierungen und andere Geldgeber ausüben, damit diese für dieses Werk neue Mittel zur Verfügung stellen.

BEVÖLKERUNG:
38 Mio.

Solidarität hat viel weniger Mitglieder nämlich 1,9 Mio, als 1981 als sie 10 Mio. Mitglieder zählte.

BESCHÄFTIGTE:
Landwirtschaft - 30%
Industrie- 29%

Anlässlich des im April 1990 in Danzig abgehaltenen Kongresses verzichtete Solidarität darauf, ihre Satzung zu ändern, um sich auf der Basis von Industrieverbänden organisieren zu können. Nach dem Kongress erhielt der IMB von Solidarität in Danzig folgendes Fernschreiben: "Solidarnosc bleibt eine territorial organisierte Struktur. Jede Bezirks- und jede Betriebsorganisation hat nahezu freie Hand bei der Pflege ihrer internationalen Beziehungen, einschliesslich der Finanzen. Es gibt keine Vertreter von sektoriellen Strukturen im Gesamtverband. Sektorielle Strukturen haben eine Möglichkeit, sich Internationalen Berufssekretariaten anzuschliessen, doch ist es ihnen bisher verwehrt, eigene Bankkonten zu besitzen; sie verfügen daher über keine eigenen Finanzmittel. Das letzte Wort wird in dieser Sache allerdings erst anlässlich der ersten Sitzung des neugewählten nationalen Vorstandes gesprochen werden."

Der IMB hat Vertreter von drei derartigen Industrie-gruppierungen, - für Stahl-, Metall- und Werftarbeiter, getroffen.

Darunter ist der Stahlverband der bestorganisierte. Es gibt nur 36 Stahl- oder Metallhütten in Polen, sodass es nicht allzu schwer ist, die rund 55'000 Stahlarbeiter in einem Solidaritätsverband zusammenzuschliessen. Der Stahlverband hat sich nun eine eigene auch in englischer Sprache verfügbare Satzung gegeben und Vertrauensleute in den einzelnen Betrieben ernannt. Tadeusz Piotrowski ist Generalsekretär des Stahlarbeiterverbandes.

Die Stellung des Metallarbeiterverbandes schien schwächer zu sein. Es besteht ein Ansatz zu einem Lenkungsausschuss und der IMB traf mit dem Generalsekretär Ryszard Jędrzejczak und anderen Gewerkschaftsführern zusammen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck bis zu 400'000 Metallarbeiter (einschliesslich der Automobilarbeiter) in ihrem Verband organisieren zu können, räumten jedoch ein, dass die Kontakte in den Betrieben noch nicht besonders gefestigt sind.

Die Delegation führten Gespräche mit Vertretern von Schiffbauarbeitern.

Die kommunistische OPZZ-Gewerkschaft besteht weiter. 1982 gegründet, verfügt OPZZ nun über 6 Mio. Mitglieder und sie hat einen populistischen Führer, der die von der Regierung beschlossenen Preiserhöhungen in aller Öffentlichkeit kritisiert hat. OPZZ betreut noch immer gewisse Sozialleistungen die am Arbeitsplatz zur Auszahlung gelangen; deshalb halten die Arbeitnehmer dieser Organisation die Stange, selbst wenn sie gegenüber deren politischen Ausrichtung gleichgültig sind. OPZZ wird auch durch die örtlichen Unternehmensleitungen unterstützt, und hat Verbindung zur Kommunalverwaltung, die sich noch immer in den Händen kommunistischer Funktionäre befindet. (Das könnte sich nach den Gemeindewahlen im Mai 1990 ändern).

Seitdem die Gewerkschaft Solidarnosc 1989 wieder legalisiert wurde, hat sie sich kaum bemüht, neue Mitglieder zu gewinnen. Viele der führenden Leute in der Gewerkschaft sind nun Parlamentsmitglieder. Die Organisation bleibt gespalten in einen gewerkschaftlichen und in einen politischen Flügel und dieser verwirrende Zustand wird wohl noch einige Zeit andauern.

Dies gibt der offiziellen OPZZ-Gewerkschaft die Möglichkeit, sich als Wahrerin der Arbeitnehmerbelange gegenüber der Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung darzustellen, die zu einem Kaufkrafteinbruch sowie zu einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit geführt hat. So ist die Arbeitslosigkeit in Polen binnen fünf Monaten von 0 auf 400'000 gestiegen und es wird vorausgesagt, dass 10% der 17 Mio. Arbeitnehmer Polens Ende 1990 ohne Arbeit dastehen werden.

In gewissen Unternehmungen gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Solidarität und OPZZ. Es ist jedoch auch denkbar, dass Polen ganz einfach auf dem Wege zu einem niedrigeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad ist, besonders in den Angestelltenberufen.

BEVÖLKERUNG:

16 Mio.

BESCHÄFTIGTE:

Landwirtschaft - 17%

Industrie - 50%

Die politischen und wirtschaftlichen Traditionen der Tschechoslowakei unterscheiden sich erheblich von jenen anderer ehemals kommunistischer Staaten Europas. Die Tschechoslowakei hat traditionell eine hochentwickelte Industrie und eine politische Demokratie, die auf die Zeit vor 1939, zurückgehen. Die tschechoslowakische Metallarbeitergewerkschaft war vor dem Krieg eine der grössten Mitgliedsorganisationen des IMB und das Zentralkomitee im Jahre 1938 fand in Prag statt. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie, die sich den nordischen Sozialdemokraten sehr nahe fühlte, war in den 20er und 30er Jahren ausgesprochen stark. Die Metallunternehmungen des Landes gehen auf das 19. Jahrhundert zurück und es gibt eine lange Tradition von Organisationen der Arbeiterklasse.

Die verarbeitende Industrie ist eine bedeutende Wirtschaftstätigkeit in der Tschechoslowakei; sie macht 60% des Nettosachausstosses in den 80er Jahren aus. Im Metallsektor liegt die Betonung auf Stahl, Schwerindustrie und Maschinenbau.

Im Verlaufe der grossen Massenkundgebungen gegen die kommunistische Herrschaft im November 1989 gingen die Arbeiter, wenn auch etwas zögerlich in den Streik.

Streikführer wie Petr Miller, der neue Arbeitsminister oder Igor Pleskot, der neue Präsident der Metallgewerkschafter, gewannen grosses moralisches Prestige dadurch, dass sie sich der Sache der demokratischen Freiheit verschrieben, indem sie die Arbeiter aufforderten, sich den übrigen Tschechen und Slowaken bei den öffentlichen Kundgebungen anzuschliessen.

An vielen Arbeitsplätzen wurden spontan Streikkomitees gegründet. Und im Dezember 1989 und Januar 1990 fanden in allen Unternehmungen Wahlen statt, wodurch die alten Führer der offiziellen kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften, insbesondere der Metallarbeiter, hinweggefegt wurden.

Es wurden Delegierte für einen ausserordentlichen Kongress der Metallgewerkschaft, der im Februar 1990 abge-

halten wurde gewählt. Eine neue Führungsmannschaft wurde gewählt. Im Gegensatz zu Polen, Bulgarien oder Rumänien, wo unabhängige demokratische Gewerkschaften als Opposition zu den offiziellen Gewerkschaften gegründet wurden, übernahmen die tschechoslowakischen Arbeiter ganz einfach die bestehende Gewerkschaft, sie entfernten die kommunistischen Führer und schritten zu einer gründlichen Demokratisierung der Organisation von oben nach unten. Die neue demokratische Führung sitzt nun in den alten Büros der offiziellen Gewerkschaft. Die meisten des künftig bis 60 Leute umfassenden Büropersonals sowie 70 Leute, die in 15 Bezirksbüros arbeiten, werden weiter beschäftigt. Bis anhin bilden die Metallarbeiter eine nationale Föderation. Der Vorstand ist mit 8 Tschechen und 8 Slowaken ausgewogen.

Die Gewerkschaftsführer sind hochqualifizierte Fachleute. Pleskot ist ein 59-jähriger Diplomcomputeringenieur, und seine beiden Stellvertreter, ein Tscheche und ein Slowake, sind beide Ingenieure. Die Mehrheit der neuen Führung in dem 121 Mitglieder umfassenden Zentralkomitee sind jedoch Metallarbeiter. Der Exekutivsekretär, Jan Raz, ist ein 46-jähriger ehemaliger Fließbandarbeiter aus Brno.

Anlässlich ihres Kongresses, der vom 7.-8. Februar 1990 stattfand, verabschiedete der tschechoslowakische Metallverband ein Programm, indem es u.a. heisst:

"Die Hauptaufgabe des Verbandes besteht darin, die Rechte am Arbeitsplatz, die Löhne und sozialen Rechte seiner Mitglieder, deren kulturellen Belange, Menschenrechte und Freiheiten, unter allen Wirtschaftsordnungen zu wahren und zu fördern."

Die meisten dieser Forderungen entsprechen jenen, die in den Beschlüssen und Programmen der Mitglieds Gewerkschaften des IMB verankert sind. Die Gewerkschaft versucht, sich zu organisieren nach dem Grundsatz "Ein Betrieb, eine Gewerkschaft" wobei verschiedene Sektionen innerhalb des Verbandes die einzelnen Fachgruppen, Sparten und Berufsgruppen zusammen verbindet. Eine grosse gewerkschaftspolitische Herausforderung ist die Ausgestaltung der Gewerkschaftsrechte und der Arbeitnehmerrolle in der postkommunistischen Wirtschaftsordnung, auf die sich die Tschechoslowakei nun hinbewegt.

Wie anderswo in Ost und Mitteleuropa sind die Umweltschutzbedingungen und Sicherheitsnormen ziemlich

schlecht. Zwar gibt es Gesetze und Verordnungen, um Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer zu schützen; und es gibt auch Handbücher auf tschechoslowakisch, die von früheren offiziellen Gewerkschaften erstellt worden sind. Doch fehlt jede keinerlei Tradition oder Ausbildung von Sicherheitsbeauftragten in den einzelnen Betrieben, die mit der Durchsetzung dieser Bestimmungen und Verordnungen betraut wären.

Eine immer wieder gestellte Forderung lautet, man möge Hilfe leisten bei der Ausbildung von innerbetrieblichen Gewerkschaftsvertretern und anderen Funktionären, damit diese in die Lage gesetzt werden, ihre neuen Pflichten zu übernehmen. 75% aller neugewählten Führer haben noch nie eine gewerkschaftliche Funktion ausgeübt.

Die genaue Mitgliederzahl des Metallverbandes ist bisher nicht ganz klar. Die angegebenen Zahlen - zwischen 1,8 und 1,5 Mio., beruhen auf den Statistiken von 1989. Die Gewerkschaftsbeiträge werden vom Lohn abgezogen. Einige Beobachter sind der Auffassung, dass die gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurückgehen wird, sobald die Beschäftigten nicht mehr verpflichtet sind, Gewerkschaftsmitglied zu sein, oder falls es im Zuge des Übergangs zur freien Marktwirtschaft zu einer Massenarbeitslosigkeit kommt, wodurch die Gewerkschaften nicht mehr in der Lage wären, die Mitgliederbelange zu wahren.

Viele tschechoslowakischen Firmen versuchen nun mit multinationalen Unternehmungen im Ausland Verbindung aufzunehmen, und in Prag wimmelt es von westeuropäischen, amerikanischen und japanischen Bankiers und Geschäftsleuten, die dort ihr Scherfchen ins Trockene bringen wollen. Der tschechoslowakische Metallarbeiterverband ist erpicht auf Informationen über multinationale Konzerne, die in das Land kommen, und deren Einstellung gegenüber den Gewerkschaften und sozialen Fragen und hofft, dass IMB-Mitgliedsorganisationen in der Lage sind, diese Aufschlüsse zu erteilen.

BEVÖLKERUNG:
10,5 Mio.

BESCHÄFTIGTE:
Landwirtschaft - 21%
Industrie - 32%

Ungarn ist das einzige osteuropäische Land, wo seit zwei Jahrzehnten, wenn auch mit einem gewissen Auf- und Ab, einige Reformen durchgeführt worden sind. Die ersten freien Wahlen in 40 Jahren fanden am 25. März und am 8. April 1990 statt und sie ergaben zu eine bedeutende Mehrheit für die Rechte. Anlässlich des Kongresses der offiziellen Gewerkschaft, der vom 2.-4. März 1990 stattfand, wurde beschlossen, die frühere offizielle Gewerkschaft SZOT aufzulösen und einen neuen Gewerkschaftsbund MSzOSz zu gründen, der ein Programm und eine Verfassung hat, welche mit jenen freier Gewerkschaften anderswo auf der Welt vergleichbar sind. Die Führer der aufgelösten SZOT - Sandor Nagy und Laszlo Sandor - bleiben an der Macht.

Der neue Gewerkschaftsbund umfasst 86 Einzelgewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von 3,7 bis 3,8 Mio. (Angaben vom Dezember 1989).

Der ungarische Metallarbeiterverband - die Eisen-, Metall-, Elektro-, Energie- und Industriearbeiter Gewerkschaft - ein Gründungsmitglied der neuen SZOT führte im Dezember 1989 seinen Gewerkschaftstag durch. Es wurde in geheimer Wahl von der Basis eine neue von den politischen Parteien unabhängige Führung gewählt. Es wurden Vorschläge für eine neue Satzung gemacht und eine aus Juristen und anderen Sachverständigen bestehende Sonderkommission eingesetzt, um einen neuen Wortlaut der Satzung abzufassen. Der Verband umfasst 536'000 Mitglieder einschliesslich der Auszubildenden (rund 60'000) und der Rentner (100'000), doch gibt es in der Metallindustrie weitere 135'000 Beschäftigte, die nicht organisiert sind. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt damit bei rund 75%.

Wie im Falle des Gewerkschaftsbundes ist der Vorsitzende der Metallgewerkschaft Laszlo Pasternak an der Macht geblieben. Er wurde als unabhängiger Abgeordneter ins Parlament gewählt, allerdings auf der Liste der sozialistischen (ehemals kommunistischen) Partei. Er wurde im Juli 1988 zum Generalsekretär gewählt und blieb in diesem Amt bis zu dem Gewerkschaftstag der Metallgewerkschaft im Dezember 1989, als er zum Vor-

sitzenden gewählt wurde.

Die grössten unabhängigen Gewerkschaften Ungarns sind innerhalb der demokratischen Liga für unabhängige Gewerkschaften zusammengeschlossen. Die Liga wurde im Dezember 1988 auf Initiative der Wissenschaftsarbeitnehmer gegründet, die erste freie Gewerkschaft des Landes zurückgeht. Ihr Hauptziel besteht darin, "die Zusammenarbeit und die Gründung von freien Gewerkschaften zu fördern und die Belange der Mitglieder sowohl innerhalb wie auch ausserhalb Ungarns zu vertreten." Im April 1990 umfasste die Liga 25 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt 60'000 Mitgliedern und 12 weitere Gruppen hatten um Aufnahme nachgesucht. Einige kleinere Gewerkschaften von gewerblichen Arbeitnehmern haben sich bereits angeschlossen, so z.B. die U-Bahnführer, sowie die baugewerblichen Wartungsarbeiter. Der Anteil der Produktionsarbeitnehmer ist allerdings verhältnismässig gering.

Die Liga arbeitet mit einer Reihe von Arbeiterräten zusammen, die nun in verschiedenen Unternehmungen gegründet werden und diese Räte spielten während der Revolution 1956 eine grosse Rolle; sie widerstanden der sowjetischen Invasion, indem sie die Betriebe zeitweilig weiterführten. 1989 begannen sie sich neu zu organisieren und jüngst schlossen sich 25 Räte zu einer nationalen Vereinigung zusammen. Diese Gruppen sind mit ihrer revolutionären Tradition starke Anhänger der innerbetrieblichen Mitbestimmung. Nach Aussagen von Funktionären der MSzOSz können sie allerdings nicht als eigentliche Gewerkschaftsorganisationen betrachtet werden. Was immer ihre Bedeutung im gegenwärtigen Zeitpunkt sein mag, sie gelten als vorübergehende Erscheinung und als Werkzeug im Demokratisierungsprozess. Sie können einen Beitrag leisten zur Umgestaltung der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen und sie können nach und nach in die Gewerkschaftsbewegung eingegliedert werden.

Ein Punkt, der hier besonders hervorgehoben werden muss, ist die innerbetriebliche Diskussion über die mögliche Gründung getrennter Angestellten Gewerkschaften. Obgleich der Aufbau einer starken Gewerkschaft auf breite Zustimmung stösst und als vordringlich angesehen wird, gibt es bereits Angestellte, Ingenieure und Techniker, die den Gedanken äusserten, man müsse sich getrennt von den Arbeitergewerkschaften organisieren und eigene Wege gehen.

Die Zukunft der freien Gewerkschaftsbewegung hängt

weitgehend von Bildung und Ausbildung ab. Seit zwei Generationen sind die Leute daran gewöhnt, sich zu unterwerfen und dem Staat zu dienen und sie lassen sich mit einer gewissen Bevorteilung und Privilegien leicht manipulieren. Die Arbeitnehmer sind jedoch wegen der sozialen und materiellen Leistungen (Urlaub, verschiedene Zuschüsse, Anleihen, usw.), welche unabhängige Gewerkschaften ihnen nicht gewähren können, stark in ihr Unternehmen eingebunden.

Wenn nichts geschieht, um das Bewusstsein der Arbeitnehmer zu wecken, werden die multinationalen Konzerne ein leichtes Spiel haben in ihrer Suche nach billigen und recht gut qualifizierten Arbeitskräften. Einige dieser Konzerne haben bereits erste Erfolge erzielt. Ein Beispiel ist der General Electric Konzern, der sich in Ungarn niedergelassen und dort bei gleichzeitiger Förderung der Betriebsgewerkschaft die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft verboten hat.

BEVÖLKERUNG:
23 Mio.

BESCHÄFTIGTE
Landwirtschaft - 29%
Industrie - 38%

Das Regime Ceausescus war zweifellos das repressivste 23 Mio. und autoritärste im Sowjetblock, und seine entsetzliche Vergangenheit in bezug auf Verletzungen

der Menschenrechte ist Beweis genug für seine Grausamkeit und Tyrannei. Nach jahrelangem Landwirtschaft - 29% Totalitarismus liegen nunmehr alle politischen und sozialen Strukturen darnieder. Die Nationale Industrie - 38% Rettungsfront wurde am 22. Dezember 1989 errichtet. Zahlreiche Mitglieder der Front sind Parteimitglieder. Die Rumänen sind ihrer Führung, die lediglich ihre äussere Erscheinung und ihren Namen geändert hat und keinerlei Legitimität besitzt, gegenüber äusserst misstrauisch und argwöhnisch.

Heute gibt es drei hauptsächliche "historische" Parteien:

- Die nationale liberale Partei, die Kapital und Finanzwirtschaft vertritt;
- Die nationale Bauernpartei, Mitte rechts, christlich-demokratisch (in der Zwischenkriegszeit die stärkste Oppositionspartei) und
- die sozialdemokratische Partei, die nun zu einem blossen "vornehmen Klub" ohne politisches Programm geworden ist. Sie zählt rund 1.500 Mitglieder, 250 davon in Bukarest, und unterhält keinerlei Kontakte mit den Gewerkschaften.

Ausserdem gibt es eine Fülle neuer Parteien - zur Zeit sind es deren über 70. Dies ist zweifelsohne ein etwas anarchisches Aufblühen, jedoch eine normale Reaktion nach Jahren des Monopols in der Politik und des Machtanspruchs eines unerbittlichen kommunistischen Regimes. Zwei dieser Parteien könnten eine politische Zukunft haben, da sie auf Vorstellungen beruhen, die zur Zeit in ganz Europa Auftrieb erhalten. Dies sind: Die Umweltbewegung und die ökologische Gruppe für Zusammenarbeit, die der Gruppe für Sozialen Dialog nahesteht.

Der frühere, kommunistisch beherrschte Allgemeine Gewerkschaftsbund (GTUC) wurde nach der Revolution

aufgelöst, und einige seiner Spitzenfunktionäre wurden entlassen. Er wurde durch eine neue Organisation unter der Bezeichnung "Union der Freien Gewerkschaften" (UFTU) mit dem Personal und der Infrastruktur des alten GTUC ersetzt. Ihr Hauptsitz befindet sich in demselben Gebäude wie das Arbeitsministerium. Durch Abänderung ihres Namens wurde die offizielle Gewerkschaft in die Lage versetzt, das neue Gesetz vom 27. Dezember 1989 zu umgehen, das vorschreibt, dass "die alte Struktur der kommunistischen Partei und die übrigen Strukturen, die der Partei dienten, sowie die alte Nomenklatur nicht mehr bestehen".

Im Januar 1990 wurde auf Initiative der Lastkraftwagenfahrer der unabhängige Gewerkschaftsbund Fratia errichtet. Er vereinigt grosse Gewerkschaften, u.a. die Transportarbeiter, Graphiker, Journalisten, Chemiearbeiter, technische Angestellte usw. mit einer umfassenden Palette von Interessen und Bestrebungen. Die meisten Metallarbeiter scheinen zu zögern, dem Gewerkschaftsbund Fratia beizutreten, der sich hauptsächlich aus Angestellten zusammensetzt und im Einflussbereich der Gruppe für Sozialen Dialog stehen soll.

Am 12. April 1990 entstand ein Metallarbeitnehmerverband unter der Bezeichnung Metarom mit rund 140.000 Mitgliedern in 35 Unternehmen. Er hat einen Koordinierungsausschuss, der sich aus Vertretern der verschiedenen Mitgliedsunternehmen zusammensetzt (einen für jeden Betrieb) sowie einen siebenköpfigen Vorstand, der vom Koordinierungsausschuss demokratisch gewählt wurde. Letztere werden vollamtliche Funktionäre sein, die von den Gewerkschaften bezahlt werden und deren Hauptaufgabe die Aufstellung von Forderungskatalogen und deren Vorlage an den Koordinierungsausschuss sein wird, der das beschlussfassende Gremium ist. Jede Gewerkschaft entsandte zum ersten Kongress, der in Galati stattfand, eine bestimmte Anzahl Delegierte, die von der örtlichen Struktur bezeichnet wurden. Rund 300 Personen nahmen an dem Kongress teil, der ein Aktionsprogramm verabschiedete. Die Vorstandsmitglieder beteiligten sich an den Diskussionen des Ministeriums für Metallurgie, das dem Arbeitsministerium angegliedert ist. So werden sie in der Lage sein, einen bestimmten Einfluss auf die verschiedenen Beschlüsse, beispielsweise über Investitionen, Produktion usw., auszuüben, doch haben sie kein Stimmrecht.

Ein weiterer Metallarbeitnehmerverband wurde in Bukarest gebildet - der Metallurgieverband (Vorsitzender

Adrien Mircea), der der UFTU angehört und eine Mitgliedschaft von schätzungsweise 4.000 Personen hat. Er hatte sich bereits den verschiedenen Gewerkschaften in einzelnen Stahlbetrieben genähert und versuchte, allerdings ohne Erfolg, die Vertreter, die an der Gründung von Metalrom beteiligt waren, zu überzeugen, ihr beizutreten. In einer Reihe von Betrieben wurden die Arbeitnehmer von der konservativen Betriebsleitung jedoch ermutigt, Gewerkschaften zu bilden, die sodann der UFTU beitraten.

Eine äusserst schwerwiegende Frage für die Metallarbeiter, namentlich in der Roheisenverarbeitung (Stahl, Giessereien usw.) ist der Arbeitsschutz. Die Umwelt- und Sicherheitsnormen sind erschreckend, und das frühere Regime hatte in diesem Bereich keinerlei Investitionen getätigt. Im Betrieb Brasov arbeiten die Leute unter entsetzlichen Bedingungen in Lärm, Dämpfen und Hitze und ohne angemessene Beleuchtung und Schutzmasken. Sieben von 10 Arbeitnehmern sind an Silikose erkrankt, und nur wenige erreichen das 60. Lebensjahr.

Die IMB-Gespräche mit den Arbeitnehmern förderten die deutliche apolitische Haltung der Gewerkschaftsführer auf Betriebsebene zutage. Sie wollen sich vorläufig aus der Politik heraushalten und ihre Aktion auf den Schutz der Arbeitnehmerinteressen und die Wahrung ihrer Rechte konzentrieren.

Diese Reaktion ist leicht zu verstehen, doch scheinen sich die Gewerkschaften nicht vollumfänglich über die entscheidende Rolle im klaren zu sein, die sie zu spielen haben, um sicherzustellen, dass der Demokratisierungsprozess wirkungsvoll durchgeführt wird. Wenn sie ihren eigentlichen Auftrag vernachlässigen, könnte dies den Aufbau und die Verstärkung einer starken, freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung gefährden und diese politischen Machenschaften aussetzen. Auch der schwierige Übergang zur Demokratie in einem Land, in dem sich Technokraten und Bürokratie des gestürzten Regimes an die politische Macht klammern, um ihr Überleben zu sichern, und in dem Unstabilität und Verwirrung zu einer neuerlichen Welle der Unterdrückung führen könnten, könnte dadurch beeinträchtigt werden.

Ein Hauptmerkmal dieser in Entstehung begriffenen freien Gewerkschaftsbewegung ist die Zersplitterung der Gewerkschaften auf Betriebsebene. In zahlreichen Stahlwerken bildeten die Arbeitnehmer wegen der Fülle von Problemen in den verschiedenen Abteilungen zwei

oder drei Gewerkschaften. Vor der Revolution wurden sämtliche Arbeitnehmer in der einzigen offiziellen Organisation eingetragen. Heute geht der Trend dahin, in ein und demselben Betrieb verschiedene Gewerkschaften zu gründen. Die Arbeitnehmer haben die Notwendigkeit, eine starke, geeinte Bewegung aufzubauen, um ihre Interessen besser zu wahren und sicherzustellen, dass der Wiederaufbau der Wirtschaft nicht auf ihre Kosten erfolgt, noch nicht erkannt.

BEVÖLKERUNG:
9 Mio.
BESCHÄFTIGTE
Landwirtschaft - 23%
Industrie - 35%

Bulgarien war stets der getreueste Satellitenstaat der Sowjetunion. Die Verbindung mit Russland stammt noch

aus der Zeit vor dem Bolschewismus, als Zar Alexander II. in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts

dabei behilflich war, die Türken aus Sofia zu vertreiben. Das Bulgarien von vor 1945 hatte nur

wenig Industrie. 1944 wurde geschätzt, dass es nicht mehr als 40.000 Industriearbeitnehmer gab, d.h. rund

7% der damaligen werktätigen Bevölkerung. Ein typisches kommunistisches Industrialisierungsprogramm hatte zur Folge, dass es heute rund 500.000 Metallarbeitnehmer gibt - hauptsächlich in der Stahl- und Schwerindustrie - sowie in einigen Monategewerken für elektrische Beleuchtung.

Die unabhängige Gewerkschaft Podkrepa, die in bulgarischer Sprache "Unterstützung" bedeutet, wurde Anfang 1989 von einer Gruppe Intellektueller aus Sofia unter der Leitung eines Arztes, Konstantin Trentschow, gegründet. 1989 wurde er nach einem Hungerstreik inhaftiert, ist jedoch seit Herbst 1989 einer der prominentesten und herausragendsten Oppositionsführer in Bulgarien. Als charismatische Persönlichkeit wurde Trentschow auf dem ersten Kongress von Podkrepa im März 1990 als deren Vorsitzender bestätigt, obwohl einzelne Delegierte Besorgnis darüber äusserten, dass die Heftigkeit seiner Politik - er ist entschieden antikommunistisch und privatisierungsfreundlich und befürwortet eine ultraliberale Wirtschaftspolitik - bedeuten würde, dass Podkrepa als politischer Sturmbock gegen die kommunistische Regierung missbraucht werden könnte und sich nicht auf die Organisation der Arbeitsplätze und die Gewerkschaftsfragen konzentrieren würde. AFL-CIO, IBFG und WVA entsandten Beobachter zu diesem Kongress, und Podkrepa zieht nach dem Beispiel der polnischen Solidarnosc eine gleichzeitige Mitgliedschaft bei IBFG und WVA in Betracht.

Bei den meisten übrigen Aktivisten, die in der Podkrepa organisiert sind, handelt es sich um Intellektuelle im

Sinne von Forschern, Wissenschaftlern, Ärzten, die sämtlich auf freiwilliger Basis arbeiten, da Podkrepa keine vollamtlichen Mitarbeiter ausser Dr. Trentschow hat. Die einzige Ausnahme ist die Grubenarbeitergewerkschaft der Podkrepa. Rund 30.000 bulgarische Grubenarbeiter traten im Januar 1990 in einen Streik, der von der Podkrepa und Dr. Trentschow unterstützt wurde. Infolgedessen traten die Grubenarbeiter der Podkrepa bei.

Die Organisierung und Rekrutierung der Podkrepa-Mitglieder findet etwas wahllos statt. Die Arbeitnehmer, die an den von der Union Demokratischer Kräfte organisierten Oppositionsversammlungen teilnehmen, füllen Beitrittsformulare aus, die sodann je nach Industriezweig oder Arbeitsplatz dem entsprechenden Verband zugeteilt werden. Seit Anfang 1990 gab es rund 130 Streiks über verschiedene Fragen - hauptsächlich die Entlassung der unfähigen Leitung, und die Podkrepa versucht, diese Arbeitnehmer zu rekrutieren. Allerdings zögern viele, die offizielle Gewerkschaft zu verlassen, weil:

- sie nach wie vor eine Quelle sozialer Leistungen ist (Wohnungszulagen, Urlaubsgeld usw.);
- sie vor den Wahlen im Juni nicht sicher sind, ob die Kommunisten das Land danach nicht mehr regieren werden;
- es Befürchtungen gibt, dass im Falle des Auftretens von Arbeitslosigkeit die Mitglieder der Podkrepa zu den ersten Entlassenen gehören würden.

Die beiden hauptsächlichsten Metallgewerkschaften in der Podkrepa sind der Verband der geologischen, metallurgischen, chemischen und pharmazeutischen Gewerkschaften und der Maschinenbauverband. Beide geben etwa 3.000 Mitglieder im Metallsektor an, sind jedoch der Ansicht, diese Zahl werde zunehmen, wenn die Unsicherheit bezüglich der künftigen politischen Form Bulgariens nach den Wahlen im Juni einmal geklärt ist.

Der Verband der geologischen, metallurgischen, chemischen und pharmazeutischen Gewerkschaften hat zwei Vorsitzende - Ilijtsch Zwetkoff, 40 Jahre alt, Forscher am geologischen Institut, und Bogdan Kadin, 39, ebenfalls ein wissenschaftlicher Experte. Bogdan Kadin spricht Englisch. Der Verband wurde auf einem Kongress im März 1990 gegründet, der von 257 Delegierten besucht wurde. Er nahm eine gewerkschaftliche Standardsatzung und -politik an. Seine Organisationsversuche werden aufgrund des Mangels an Telefonapparten,

Telex-, Fax-, Fotokopiergeräten und Druckausrüstungen behindert. Der Verband verfügt nicht über eigene Büros, sondern lediglich über einen Schreibtisch in den drei Räumen, die in einem verfallenen Gebäude in Sofia der Podkrepa als Büros dienen. Die Vorsitzenden und der Vorstand sind sämtlich freiwillige Mitarbeiter.

Der Vorsitzende des Verbandes der Maschinenbauergewerkschaften ist Lubomir Symidschiow, ein 34-jähriger technischer Zeichner. Er versucht, die Basis der Arbeit seiner Gewerkschaft am Arbeitsplatz zu errichten und sich nicht einfach auf eine antikommunistische Rhetorik in Sofia zu konzentrieren. Die Gewerkschaft zählt etwa 40 Sektionen in verschiedenen Betrieben.

Die der Podkrepa angehörende Gewerkschaft unter Leitung von Symidschiow war in Radomir aktiv, dem Schauplatz eines Streiks von rund 1.340 Arbeitnehmern, der von Kranführerinnen angeführt wurde. Die Streikenden legten einen Katalog von 21 Forderungen vor - keine davon betraf eine Lohnerhöhung -, die zumeist Verbesserungen der Arbeitsumwelt, wie angemessene Belüftung gegen Dämpfe, Heizung im Winter, wenn die Temperaturen bis auf minus 30 Grad fallen, Ermittlung gefährlicher Materials und bessere Behandlung der pensionierten Arbeitnehmer verlangen.

Die Hauptforderung betraf die Entlassung des derzeitigen Direktors und seine Ersetzung durch eine "ehrliche, fähige" Persönlichkeit. Die Arbeitnehmer beschwerten sich, dass die Vertreter der offiziellen Gewerkschaft und der Partei und ihre Sekretäre und Assistenten als Angestellte mit den entsprechenden Privilegien auf der Lohn- und Gehaltsliste ständen. Es handelt sich hier nicht zwangsläufig um Klagen von Arbeitern. Eine bundesdeutsche Stahlfirma wurde beauftragt, einen Bericht über die effiziente Leitung des Betriebs auszuarbeiten. Sie zog den Schluss, dass 136 Personen als Direktoren und Geschäftsführer erforderlich seien. Statt dessen stehen über 1.000 Personen für diese Funktionen auf der Lohn- und Gehaltsliste - und beziehen ein Gehalt dank ihren Beziehungen und ihrer Speichelleckeri um Unterstützung der Unternehmensleitung (die von Kommunisten ernannt wurde).

Die kommunistisch beherrschten Gewerkschaften bestehen nach wie vor. Im Februar hielt der offizielle Gewerkschaftsbund einen Sonderkongress ab und wählte einen neuen Vorsitzenden, einen Akademiker mit Namen Krysto Petkow. Die Bezeichnung des Bundes wurde abgeändert, und der neue Bund nennt sich nunmehr "Bund

der unabhängigen bulgarischen Gewerkschaften". Er macht geltend, die Verbindungen zur kommunistischen Partei und zur Regierung abgebrochen zu haben, doch hat Petkow Bücher geschrieben, die das nunmehr in Misskredit geratene Regime Schiwkow verteidigten, sowie Artikel, in denen er die polnische Solidarnosc angriff. Die Feindseligkeit der offiziellen Gewerkschaften gegenüber der Podkrepa in den Betrieben hat diese Rivalität noch verschärft.

Der Vorsitzende der offiziellen Gewerkschaft ist Dojtscho Dinow, der im Laufe der Jahre bilaterale Kontakte mit zahlreichen Metallgewerkschaften aus dem Westen pflegte, u.a. mit der IG Metall, dem finnischen Metallarbeitnehmerverband, der CGIL Metall, verschiedenen Metallgewerkschaften in Grossbritannien und der UAW.

Die offizielle Gewerkschaft zählt 412.000 Mitglieder, die in 723 Betriebssektionen organisiert sind. Dinow erklärte dem IMB gegenüber, er habe Podkrepa nicht kritisiert, und er habe den Gewerkschaftspluralismus begrüsst, doch gebe es andere offizielle Gewerkschaftsverbände, die den wachsenden Einfluss der Podkrepa fürchteten. Es gebe einzelne begrenzte Kontakte zwischen der Maschinenbauergewerkschaft der Podkrepa und der offiziellen Gewerkschaft unter Leitung von Dinow.

BEVÖLKERUNG:

16,5 Mio.

BESCHÄFTIGTE

Landwirtschaft - 11%

Industrie - 38%

Die Lage in der DDR ist verschieden von der anderer ex-sowjetischer Satellitenstaaten. Der Prozess der

Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland, der stattfinden soll, reiht die wirtschaftlichen,

politischen und gewerkschaftlichen Entwicklungen in der DDR in eine andere Kategorie ein.

Seit der Beseitigung der Mauer von Berlin und dem Sturz der kommunistischen Regierung in der DDR ist die bundesdeutsche Metallgewerkschaft IG Metall in der DDR aktiv tätig und versucht, die Organisierung der DDR-Metallarbeiter zu unterstützen und eine Verbindung zwischen diesen und ihren Kollegen in der Bundesrepublik herzustellen.

die IG Metall eröffnete acht Büros in bedeutenden DDR-Städten, da die Befürchtungen zunehmen, dass rechtsgerichtete politische Kräfte in der Bundesrepublik versuchen werden, die Vereinigung Deutschlands zur Schwächung der sozialen Rechte aller deutschen Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Ost und West zu nutzen.

Der Vorsitzende der IG Metall und Präsident des IMB, Franz Steinkühler, übte harte Kritik an dem Ansturm bundesdeutschen Kapitals auf den Osten, um die Öffnungen, die durch die demokratische Revolution in der DDR entstanden, ohne Rücksicht auf die sozialen Aspekte auszubeuten.

"Die Strategie der Unternehmen besteht darin, zu erobern. Sie wollen Märkte erobern, sie wollen die Europäische Gemeinschaft erobern, sie wollen die DDR erobern", erklärte Steinkühler.

Der sich beschleunigende Rhythmus der deutschen Vereinigung und der Sieg der rechtsgerichteten Parteien, die von Zuflüssen bundesdeutscher Geldmittel bei den DDR-Wahlen massiv unterstützt wurden, gaben Anlass zu Befürchtungen, dass bundesdeutsches Kapital versu-

chen wird, sich in der DDR anmassend aufzuführen, Tausende von Arbeitnehmern zu entlassen, die Managementautorität rücksichtslos zu behaupten und die Gewerkschaftsrechte, wie sie in der Bundesrepublik bestehen, zu ignorieren. Für Steinkühler hat der Prozess der deutschen Vereinigung bedeutende Auswirkungen auf das übrige Europa.

"Die deutsche Einheit ist nur vorstellbar, wenn sie in dem Prozess der europäischen Vereinigung wurzelt. Parallel zum Aufbau der wirtschaftlichen und politischen Einheit müssen wir auch auf die soziale Einheit hinarbeiten. Dies erfordert die Erhaltung und Erweiterung der Mitbestimmung, die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer und Gewerkschaften sowie eine angemessene Verteilung der Belastungen.

Es ist unannehmbar, dass Arbeitgeber sich in der DDR bereichern, während Arbeitnehmer dort und in der Bundesrepublik die Rechnung dafür bezahlen. Wer immer glaubt, er könne die DDR zur Schwächung der sozialen Rechte der Bundesdeutschen nutzen, wird auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften stossen."

Das Ostberliner Büro, das die IG-Metall eröffnet hat, wird beispielsweise von Hans Mayr, dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Metall, geleitet. Zur Zeit besetzen die DDR-Gewerkschaften nach wie vor bedeutende Positionen in Fabriken, doch haben viele Arbeitnehmer aufgehört, Beiträge zu zahlen, als Protest gegen die kommunistische Beherrschung der Gewerkschaften während vieler Jahrzehnte.

Ein weiteres Problem ist, dass die Angestellten von dem früheren kommunistischen Regime stärker besteuert wurden als die Arbeiter, und nun lehnen viele Angestellte jeden Gewerkschaftsgedanken nachdrücklich ab.

Das Anliegen der bundesdeutschen Gewerkschaftskreise ist es, einen weiteren Rückgang der Gewerkschaftsmitgliedschaft oder, was ebenso schlimm oder schlimmer wäre, eine Spaltung und die Bildung politisch oder religiös orientierter Gewerkschaften, die die Solidität des Systems der Einheitsgewerkschaften, das nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik errichtet wurde, abschwächen könnten, zu verhindern.

Eine der Hauptforderungen der IG Metall lautet denn auch auf die Bildung von Betriebsräten in DDR-Betrieben, die dieselben Rechte der Betriebsdemokratie genießen wie die Betriebsräte in der Bundesrepublik.

BEVÖLKERUNG:

284 Mio.

BESCHÄFTIGTE

Landwirtschaft - 19%

Industrie - 42%

Die Gewerkschaftslage in der Sowjetunion wird insofern zunehmend komplexer, als die Politik von Staatspräsident Gorbatschow auf wachsende Schwierigkeiten stösst. Der IMB hat keine Missionen in die Sowjetunion entsandt, da die politischen Verhältnisse qualitativ von jenen in den in diesem Bericht erwähnten Ländern verschieden sind.

Der zentrale Gewerkschaftsbund mit einer offiziellen Mitgliedschaft von 140 Millionen Personen kündigte seine Unabhängigkeit von der Kontrolle des Staates oder der Partei an. Sein neuer Vorsitzender, Gennadi Janajew, ist jedoch ein altgedienter Parteifunktionär. Eine Schlüsselfrage wird der Umfang sein, in dem der Gewerkschaftsbund weiterhin auf demokratische, zentralistische Weise funktionieren wird, wie dies der Fall war, seit die Gewerkschaftsunabhängigkeit in der Sowjetunion Anfang der zwanziger Jahre unterdrückt wurde. Die aufkommenden, wenn auch unklaren demokratischen Kräfte und kollidierenden politischen Lager in der Sowjetunion können bedeuten, dass es keine zentrale Autorität mehr gibt, unter die die sowjetischen Gewerkschaften gestellt werden können. So müssen sie möglicherweise ihre eigene Politik und Arbeitsweise entwickeln.

Die einzelnen Industrieverbände könnten eine gewisse Autonomie und Unabhängigkeit vom Gewerkschaftsbund entwickeln. Zumindest rhetorisch befürwortet der Gewerkschaftsbund die Verteidigung der Arbeitnehmer. Janajew erklärte, der Gewerkschaftsbund werde sich bemühen, die Wirtschaftsreformen von Gorbatschow zu blockieren, wenn diese zu Massenarbeitslosigkeit führen sollten. Der Gewerkschaftsbund arbeitete einen Gesetzesentwurf aus, in dem das Recht auf Arbeit erneut bekräftigt wird, und er wird versuchen, dessen Verabschiedung mit seinen 50 Abgeordneten im Obersten Sowjet durchzusetzen.

Trotz dieses neuentdeckten Interesses an den Rechten der Arbeitnehmer lassen Untersuchungen, die vom IBFG durchgeführt wurden und die durch zahlreiche Berichte aus der Sowjetunion selbst untermauert werden, auf eine weitverbreitete Unzufriedenheit unter den sowjetischen Arbeitnehmern mit den offiziellen Gewerk-

schaften schliessen. Viele haben die Zahlung der Mitgliederbeiträge eingestellt, und es wurden mehrere unabhängige Verbände gegründet.

Insbesondere die Grubenarbeiter errichteten eine unabhängige Gewerkschaft. Ein weiterer unabhängiger Gewerkschaftsverband ist der Sotsprof - die Union der Sozialistischen Gewerkschaften der UdSSR. In Leningrad zählt die unabhängige Union der Arbeitnehmerschüsse über 20.000 Mitglieder in mehr als 30 Unternehmen. In Kiew wurde eine Organisation unter der Bezeichnung "Solidarität der ukrainischen Arbeitnehmer" gegründet, die der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung Rukh nahesteht.

In Georgien wurde die Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter errichtet. Sie forderte am 3. April 1990 die Auflösung der offiziellen Gewerkschaften.

300 Vertreter dieser verschiedenen unabhängigen Gewerkschaftsgruppen traten am 30. April 1990 in Nowokusnezsk zusammen und einigten sich auf die Gründung einer Dachorganisation unter der Bezeichnung Bund der Gewerkschaften. Dessen Gründungsgewerkschaften werden in finanzieller und organisatorischer Hinsicht unabhängig bleiben.

Die Entwicklung des Gewerkschaftswesens in der Sowjetunion wird eine sorgfältige Überwachung erfordern.

In den baltischen Staaten unterstützten Gewerkschaften sowohl innerhalb des zentralen Gewerkschaftsbundes als auch der unabhängigen Arbeitnehmergruppen die Forderungen nach Unabhängigkeit seitens der Parlamente der drei baltischen Staaten.

Die Revolution in Osteuropa und die Reformen Gorbatschows in der sowjetischen Gesellschaft wandelten die Gewerkschaftsszene, wie aus den obenstehenden Berichten hervorgeht.

Für den IMB und seine Mitgliedsorganisationen eröffnet sich eine ganze Reihe internationaler Kontakte und Aktivitäten. Falls eine rechtsgerichtete, arbeitnehmerfeindliche Politik zur Norm wird, dann wird dies eine Niederlage für die Metallarbeiter und demokratische Gewerkschafter in der ganzen Welt bedeuten.

Welches sind somit die neuen Verbindungen, die hergestellt werden müssen? In der Vergangenheit wurde eine strikte Grenze zwischen den bilateralen Kontakten, die die IMB-Mitgliedsverbände mit Metallgewerkschaften in kommunistischen Ländern unterhielten, und den Beziehungen gezogen, die der IMB als internationaler Verband mit der staats- und parteibeherrschten internationalen Gewerkschaftsorganisation WGB pflegte.

Der IMB hielt sich von der letzteren Organisation fern, und zwar nicht wegen ihrer Politik (bei den IMB-Verbänden sind einzelne Spitzenfunktionäre linksgerichtet oder in kommunistischen Parteien), sondern weil der WGB und seine Mitgliedsorganisationen nicht von der Kontrolle durch Regierungen im allgemeinen und der Sowjetunion im besonderen unabhängig waren.

Die Politik des WGB unterstützte den Kurs der Aussenpolitik der Sowjetunion, und der WGB bzw. seine Internationale der Metallgewerkschaften erhoben niemals ihre Stimme zur Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer in den kommunistischen Ländern. Drittweltländer mit kommunistischen Diktaturen wie Vietnam oder Kuba, schlossen ihre Gewerkschaften dem WGB an. Andere Länder, die alle Arbeitnehmerrechte verweigerten und die Gewerkschaften unter die Verwaltungskontrolle des Staates stellten, namentlich die arabischen Länder, gehörten ebenfalls dem WGB an.

Der Bankrott der Gewerkschaftspolitik des WGB wurde zunächst in Polen in der ersten Zeit der Solidarnosc auf-

gedeckt und später, mit dem Rückgang des kommunistisch beherrschten Gewerkschaftswesens, wie in diesem Bericht geschildert, auch in anderen osteuropäischen Ländern.

Die grosse Frage ist nun, ob der WGB von den sowjetischen Gewerkschaften und anderen WGB-Mitgliedsorganisationen, wie dem Verband OPZZ in Polen, weiterhin am Leben erhalten wird. In der DDR und in der Tschechoslowakei wurden die Ausbildungsschulen und -zentren des WGB bereits geschlossen.

In der Tschechoslowakei hat der Tschechoslowakische Metallarbeitnehmerverband angekündigt, er werde offiziell aus der Metallinternationale des WGB austreten und eine enge Zusammenarbeit mit dem IMB anstreben, die möglicherweise zu einem Beitritt führen könnte.

In der DDR bedeutet die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland das Ende des DDR-Engagements beim WGB bzw. der Unterstützung von WGB-Aktivitäten in der Dritten Welt.

Die unabhängigen Metallgewerkschaften Polens, Bulgariens und Rumäniens haben zur Zeit nichts mit dem WGB zu tun und streben nach einer Beteiligung bzw. Mitgliedschaft beim IMB.

In Ungarn hat die offizielle Metallgewerkschaft ihre Verbindungen zum WGB noch nicht offiziell aufgegeben, ebenso die Metallgewerkschaft Bulgariens. Dieser Versuch, eine gewisse Beziehung zum WGB aufrechtzuhalten, wird von den unabhängigen, opponierenden Metallgewerkschaften als Beweis für die Unaufrichtigkeit der offiziellen Gewerkschaften und ihren Widerwillen bzw. ihre Unfähigkeit gewertet, mit einer in Misskredit geratenen Vergangenheit zu brechen.

Die langjährige Politik des IMB der Nichtkooperation mit dem WGB wird beibehalten. Ein eindeutiger Beschluss der Metallgewerkschaften in Osteuropa, im Balkan und in der Sowjetunion, mit dem WGB zu brechen, würde ein bedeutendes Signal setzen, dass eine neue Ära der internationalen Gewerkschaftsorganisation im Entstehen ist, und würde auch zum Prozess der Vereinigung der Metallarbeiter in einer Einheitsorganisation und nicht in einer Fülle verschiedener, rivalisierender Gewerkschaften, wie dies in einzelnen ex-kommunistischen Ländern heute der Fall ist, beitragen.

SCHLUSSFOLGERUNG UND KÜNFTIGE AUFGABEN DES IMB IN OSTEUROPA

Die Länder Mittel- und Osteuropas und die Balkanstaaten sind mit schweren politischen, wirtschaftlichen, sozialen und Umweltproblemen konfrontiert, zu deren Überwindung sie Jahre brauchen werden.

Die Rolle der demokratischen Gewerkschaften ist unerlässlich. Ihre Aufgaben werden jenen der demokratischen Gewerkschaften in der übrigen Welt ähneln - Förderung und Wahrung der Erfordernisse der Arbeitnehmer im weitesten Sinne.

Es werden Widersprüche aufkommen, und es ist leicht zu erkennen, worin diese bestehen werden. Der Übergang von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft wird erhebliche Umstrukturierungen erfordern. Den IMB-Mitgliedsverbänden sind Arbeitsplatzverluste in traditionellen Industriezweigen in den letzten Jahren nicht fremd.

Diese Umstrukturierungen können jedoch auf einer geplanten Grundlage des Konsens oder aber abrupt durch das Diktat eines arroganten Arbeitgebers erfolgen.

Das Streikrecht ist von wesentlicher Bedeutung, aber ein Streik gegen eine kommunistische Regierung im Hinblick auf die Errichtung der Demokratie ist nicht dasselbe wie ein Streik gegen eine wohlwollende Regierung, die versucht, die Wirtschaft umzugestalten.

Zahlreiche Bücher wurden zum Thema des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus geschrieben, keines aber über den Abbau einer kommunistischen Wirtschaft und ihre Ersetzung durch ... wodurch? Alle mögen zwar eine Marktwirtschaft befürworten, doch eine Marktwirtschaft kann die Gesellschaft stärken oder aber sie in eine reiche Elite und eine arme Unterklasse spalten.

Wenn die Wirtschaft aus der zentralen Staatskontrolle entlassen wird, könnten die Arbeitnehmer und die Gemeinschaft einen grösseren Anteil am Besitz und an der

Kontrolle der Wirtschaft fordern. Die IMB-Gewerkschaften mit Erfahrungen im Bereich der Betriebsdemokratie, der Mitbestimmung und der Besitzbeteiligungspläne für die Beschäftigten können in diesen Fragen beratend wirken.

Von den osteuropäischen Volkswirtschaften wird verlangt, der Weltwirtschaft beizutreten, doch zu welchen Bedingungen? Rund 7% des BIP Polens muss für die Entrichtung von Zinsen für die Verschuldung in Höhe von 40 Mrd. USD an die westlichen Regierungen und Banken entrichtet werden. Der Abschwächung der sowjetischen Volkswirtschaft schloss die Märkte für Güter von geringer Qualität, die von ihren Comecon-Partnern hergestellt werden, und Moskau verlangt wiederum die Bezahlung seiner Rohstoffe - insbesondere Erdöl - in harten Währungen.

Daher müssen die IMB-Mitgliedsverbände bei westlichen Regierungen und internationalen Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der OECD die Notwendigkeit einer neuen Politik anschnitten, die das Wachstum und eine ausgewogene Entwicklung in Osteuropa fördert.

Multinationale Unternehmen blicken auf den Markt in Osteuropa und stellen die Frage, ob diese Region zu einer neuen Quelle billiger Arbeitskräfte werden könnte. Inlandsinvestitionen werden zwar begrüsst, doch sollten der IMB und seine Mitgliedsverbände versuchen, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitskräfte der westeuropäischen, US-amerikanischen oder asiatischen Multis, die sich in Osteuropa niederlassen, voranzutreiben.

Die Fülle von Gewerkschaften, die nunmehr in Osteuropa vorhanden ist, hat vielmehr Verwirrung als erleichterte Kontakte zur Folge. Alte offizielle kommunistische Gewerkschaften, von denen einige verkünden, sie hätten sich einer Reform unterzogen, existieren neben neugegründeten Organisationen. Der Gewerkschaftspluralismus ist eine Sache, die Spaltung von Gewerkschaften in konkurrierende Organisationen, insbesondere in der Metallindustrie, wirken jedoch in der Regel zum Nachteil der Arbeitnehmer.

Der IMB sollte sich auf jene Gewerkschaften ausrichten, die die IMB-Grundsätze im In- und Ausland einhalten, doch das Argument zugunsten der Einheit ist in Osteuropa ebenso stark wie anderswo.

Was können der IMB und seine Mitgliedsverbände somit tun?

In einzelnen Fällen sind materielle Erfordernisse vorhanden, am wichtigsten jedoch ist der Bedarf an Ausbildung und Lehrmaterial über demokratisches Gewerkschaftswesen in den entsprechenden Sprachen.

Die osteuropäischen Metallgewerkschaften, mit denen der IMB Kontakt aufnahm, gaben am nachhaltigsten dem Wunsch nach Kontakten mit den dem IMB angeschlossenen Metallarbeitnehmerorganisationen Ausdruck.

Der IMB kann als Koordinierungsstelle fungieren, um sicherzustellen, dass die Hilfe seiner Mitgliedsverbände gleichmässig verteilt wird und sich nicht auf eines oder zwei Länder konzentriert.

Der Haupteinsatz sollte jedoch von den vielen IMB-Mitgliedsverbänden kommen, wenn die ungeheure Aufgabe der Unterstützung des demokratischen Metallgewerkschaftswesens in Osteuropa angemessen ausgeführt werden soll.

Es lassen sich verhältnismässig wenige Multis in Osteuropa nieder, und es dürfte einfach sein, sie zu ermitteln und darauf zu bestehen, dass sie die grundlegenden sozialen Regeln wie Gewerkschaftsanerkennung einhalten, und Beziehungen zwischen ihren neuen Beschäftigten und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern in der Muttergesellschaft herzustellen.

Die Sozialcharta besteht für die Länder der Europäischen Gemeinschaft, und für multinationale Unternehmen in Südafrika wurden einige zweckmässige Verhaltenskodexe geschaffen. Dieser Grundsatz einer Charta bzw. eines Verhaltenskodex in Bezug auf die Achtung der Gewerkschaftsrechte liesse sich auch auf Osteuropa ausdehnen.

Wie immer wird diese Arbeit als Reaktion auf die Wünsche der Metallgewerkschaften in Osteuropa auszuführen sein. Das vorliegende Dokument ist ein Zwischenbericht, der sich auf die Tatsachen abstützt, wie sie im Mai 1990 bestanden. Die Lage wird sich selbstverständlich entwickeln, und es werden neue Erfordernisse auftauchen. Der IMB wird in engem Kontakt mit den demokratischen Metallgewerkschaften in Osteuropa bleiben.

Westliche Unternehmen in Osteuropa

Seit der demokratischen Revolution ist in Osteuropa, den Balkanstaaten und der Sowjetunion eine deutliche Steigerung der Inlandsinvestitionen durch westliche Unternehmen zu verzeichnen. Der Sinn für Proportionen sollte jedoch beibehalten werden. Die USA beispielsweise investierten 2,2 Mrd. USD in die Region, hingegen über 12 Mrd. USD allein in einem einzigen lateinamerikanischen Land, in Mexiko.

Die Zahl der Unternehmen ist in Bezug auf den Betrag der Investitionen irreführend. Zwei Drittel der ausländischen Unternehmen, die sich in Polen niederliessen, investierten weniger als 10.000 USD.

Eintragung von Joint Ventures in Osteuropa (Zahl und Schätzung von Auslandskapital in Mio. USD)

	15.10.89 (Anzahl)	(Auslandskapital)	1.03.90 (Anzahl)	(Auslandskapital)
SU	1000	1700	1400	2440
HU	600	360	1000	443
PL	551	80	1000	110.8
CS	50	85	60	98.2
BG	25	--	30	--
RO	5	--	5	--

Grössere Investitionen werden in den Metallindustriezweigen, insbesondere im Automobilsektor und in der Telekommunikation, getätigt, in denen man den Eindruck hat, die künftige Nachfrage werde hoch sein. Eine Warteliste für 600.000 Automobile in Bulgarien und für 400.000 in der Tschechoslowakei ist vorhanden.

<i>Unternehmen</i>	<i>Land in Osteuropa</i>	<i>IMB-Mitglied</i>
Alcatel (Frankreich)	DDR	(CFDT, FO)
Bull (Frankreich)	Ungarn	(CFDT, FO)
Ericsson (Schweden)	Ungarn	(Svenska Metall, SIF)
Daimler-Benz (BRD)	DDR	(IG Metall)
Fiat (Italien)	Polen/UdSSR	(FLM)
General Electric (USA)	Ungarn	(IUE)
Opel/GM (BRD)	Ungarn	(IG Metall, UAW)
Renault (Frankreich)	Tschechoslowakei	(CFDT, FO)
Rover (Grossbritannien)	Bulgarien	(AEU, TGWU, MSF)

Anschriften

POLEN

NSZZ Solidarnosc
ul. Waly Piastowskie 24
80 855 Gdansk
Tel.: 384 353
Telex: 513160
Fax: 316722

TSCHECHOSLOWAKEI

Tschechoslowakischer Metallarbeitnehmerverband
nam. A Zapotockeňo 2
113 59 Prag 3 - Siskow
Tel.: 236 8974

Vorsitzender: Igor Pleskot
Generalsekretär: Jan Raz

UNGARN

Ungarische Gewerkschaft der Arbeitnehmer der
Eisen-Metall- und Elektrizitätsindustrie
Koltoj Anna Utca 5-7
1086 Budapest
Tel.: 334 175
Telex: 224791

Vorsitzender: Laszlo Pasternak
Internationaler Funktionär: Arpad Danyi

Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften
Martirok utja 55
Budapest II
Tel.: 116 34 95
Fax: 115 04 02

Vorsitzender: Pal Forgacs
Internationale Funktionärin: Susan Szuchacs

RUMÄNIEN

Zur Zeit der Abfassung dieses Berichts lagen keine ständigen Anschriften der Metallgewerkschaften in Rumänien vor. Nehmen Sie bezüglich laufender Kontaktpunkte bitte mit dem IMB Verbindung auf.

BULGARIEN

Podkrepa
Boulevard Doundukow N-39
3. Stock
Sofia
Tel.: 39 02 52

Privatanschrift von Lubomir Symidschiow, Vorsitzender
der Maschinenbaugewerkschaft der Podkrepa

Ul. Major Thompson bl. 1-7
Bx 6, Apt. 22
1407 Sofia